

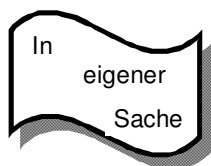
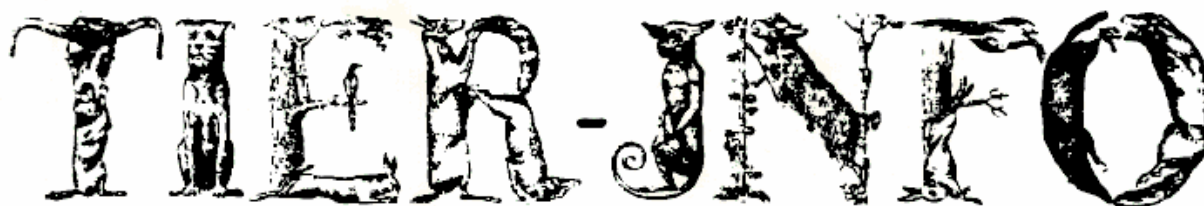
TIERVERSUCHSGEGNER PULHEIM E.V. - MENSCHEN FÜR TIERRECHTE -



Ordensstr. 22 . 50129 Bergheim-Auenheim . Tel.: 02271 – 99 11 37 . FAX: 99 11 35
Spendenkonto: KSK Köln Nr.: 015 600 1487 . BLZ: 37050299
Internet: www.tvg-pulheim.de , www.ift-onlinezentrale.de
www.tigerschutz.de E-Mail: Tierinfo@gmx.de

(Behördlich als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt/seit 1984)

MITGLIED IM BUNDESVERBAND DER TIERVERSUCHSGEGNER
INFORMATIONEN NICHT NUR FÜR MITGLIEDER NR. 1 / JANUAR 2007

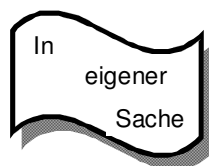


**Wieder einmal ging ein er-
gebnisreiches und turbulentes Jahr zur Neige.**

Als wir im Oktober 2005 von Pulheim nach Bergheim umgezogen sind, ahnte ich natürlich schon, dass der Tierschutz auch weiterhin meinen Tagesablauf bestimmen wird. Jedoch erhoffte ich eigentlich, zukünftig alles etwas ruhiger angehen lassen zu können. Etwa 300 bis 400 e-Mails täglich, etliche Anrufe und noch eine Menge an Briefpost die uns täglich erreichen, die monatliche Vereinszeitschrift TIER-INFO und den täglichen TI-Newsletter per e-Mail sowie die zu betreuenden Katzen lassen Gerd und mir jedoch keine Chance auf mehr Privatleben.

So endet mein "Arbeitstag" weiterhin spät in der Nacht. Eigentlich kein Unterschied zum Berufsleben, außer das es keine Wochenenden, Feiertage oder Urlaub gibt.

Aber der dankbare Blick eines Tieres, das gesund gepflegt wurde, das sich wieder seines Lebens freut und das zufriedene Schnurren unserer Schützlinge sind der allerbeste Lohn für alle Mühe.



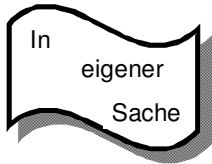
"Nimm´ Dir mal ein wenig Zeit für Dich. Du darfst dich nicht überarbeiten", hatte mir eine Tierschutzkollegin geraten. "Macht einfach weniger und nehmt nicht alles an, als kleiner Verein müsst ihr euch doch nicht bundesweit zuständig fühlen."

Leicht gesagt, nur wie lässt sich so etwas in die Praxis umsetzen, wenn ein Hilferuf kommt?

Verletzte oder kranke Tiere. Haustiere oder Wildtiere. Nicht artgerechte und tierquälerische Tierhaltungen. Vergehen gegen das Tierschutzgesetz. Und vieles mehr. Oft beginnt der Ratsuchende in seinen Schreiben oder am Telefon mit den Worten "Sie sind meine letzte Hoffnung, damit dem Tier geholfen wird."

Sollte Gerd oder ich dann sagen: "Wir sind nicht zuständig, weil der Notfall nicht in unserer Region ist"? Oder: "Ich kann nicht helfen, weil ich zu wenig Zeit dafür habe"?

Das kann so nicht funktionieren. Der richtige Weg ist daher, noch mehr Mitstreiter zu gewinnen die sich engagiert für den Tierschutz einsetzen. Sei es passiv mit der Zahlung des



Mitgliedsbeitrages, mit einer finanziellen oder sachlichen Zuwendung, oder aktiv als Einsatzkraft bei der Tierrettung, bei der Organisation vieler Dinge und vieles mehr.

Gemeinschaft macht stark und ermöglicht eine effektive Hilfe zum Wohle der Tiere.

In diesem Sinne gilt mein herzlicher Dank allen Tierfreunden, Tierschützern, Tierrechtlern, und Menschen die uns in unserem Wirken unterstützten und letztlich dazu beigetragen haben, dass wir auch im Jahr 2006 wieder vielen Tieren helfen konnten.

Gerd und ich wünschen Ihnen/Euch, sowie Ihren/Euren zwei und vierbeinigen Familienmitgliedern, ein gesundes und friedvolles neues Jahr.

Wir freuen uns auf die weitere gute Zusammenarbeit im Jahr 2007.

Ihre/Eure Trudi (Straeten)

Schächt-Urteil

vom 23. 11.2006: Bundesverwaltungsgericht fordert verbindliche Regelungen zum Schächten

Wie der Bundesverband Menschen für Tierrechte mitteilte, hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden, dass das Staatsziel Tierschutz des Grundgesetzes nicht automatisch eine tierfreundlichere Auslegung bestehender Gesetze verlange. Der Verband fordert nun von der Bundesregierung eine zügige Verbesserung des Tierschutzgesetzes.

Das höchste deutsche Verwaltungsgericht widersprach damit dem Land Hessen, das einem muslimischen Schlachter die nach dem Tierschutzgesetz notwendige Ausnahmegenehmigung zum betäubungslosen Schlachten (Schächten) von Rindern und Schafen verweigert hatte und bestätigte die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichtshofs Kassel. Dieser sah keine Möglichkeit, ohne vorherige Änderung des Tierschutzgesetzes, Muslimen das Schächten zu verbieten. Gegen dieses Urteil war das Land Hessen in Revision gegan-

2 TI Nr. 1/Januar 2007



gen, mit der Begründung, das Staatsziel Tierschutz wirke sich direkt zu Gunsten der Tiere auf bestehende Gesetze aus, auch ohne dass diese entsprechend geändert werden müssten. Deshalb sei nach hessischer Auffassung Muslimen das Schächten nicht erlaubt.

Dem widersprach jetzt das Bundesverwaltungsgericht:

Ohne Änderung des Tierschutzgesetzes könne Muslimen das Schächten nicht verboten werden. Beim Schächten werden die Tiere bei vollem Bewusstsein gewaltsam fixiert, anschließend wird der Hals mit einem Messer durchgeschnitten. Der Tod tritt durch Ausbluten ein.

Dr. Kurt Simons, Vorsitzender des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte ist über das Leipziger Urteil enttäuscht. Er fordert von der Bundesregierung, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

"Jetzt müssen Bund und Länder tätig werden und das Tierschutzgesetz so verbessern, damit der Staatszielbestimmung Tierschutz Rechnung getragen wird", so Simons.

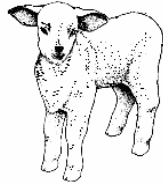
Hessen hatte bereits 2005 ein Gesetz zur Regelung des Schächtens in den Bundesrat eingebracht. Dieses sei aber von den Bundesländern auf Eis gelegt worden. Der Bundesverband Menschen für Tierrechte setzt sich jetzt für eine zügige Verabschiedung des Hessenentwurfs ein.

**Kontakt: Pressestelle - Stephanie Elsner,
Tel.: 05207 - 929263,
E-Mail: elsner@tierrechte.de**

Muslime dürfen weiter schächten

Trotz der Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz dürfen muslimische Metzger weiterhin schächten. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. (23.11.2006, 16:55 Uhr)

Leipzig - Die Richter sprachen damit einem Metzger aus Hessen eine Ausnahmegenehmigung zu, Rinder und Schafe ohne vorherige Betäubung zu schlachten. Der Kläger, der vor 25 Jahren aus der Türkei nach Deutschland kam, führt eine Metzgerei im mittelhessischen



Lahn-Dill-Kreis. Er beruft sich auf zwingende religiöse Vorschriften, die es ihm und seinen muslimischen Kunden verböten, Fleisch von vor der Schlachtung betäubten Tieren zu essen.

Das Tierschutzgesetz verbietet das Schlachten ohne Betäubung, lässt aber Ausnahmen aus religiösen Gründen zu. Seit 1995 wurden dem Metzger diese Ausnahmegenehmigungen aber auch gerichtlich versagt. Im Januar 2002 hob das Bundesverfassungsgericht diese Urteile auf und stellte fest, der muslimische Metzger werde in seinen Grundrechten verletzt. Sechs Monate später, im Juli 2002, beschloss der Bundestag die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz.

Ein Vorrang des Tierschutzes vor den menschlichen Grundrechten sei damit aber nicht gewollt gewesen, betonte nun das Bundesverwaltungsgericht. Das Tierschutzgesetz werde beiden Interessen dadurch gerecht, dass es Ausnahmegenehmigungen eng an religiöse Gründe binde. (tso/ddp)

Lesen Sie hierzu auch die Stellungnahme unseres Mitgliedes, Ines Odaischi aus 68526 Ladenburg, in der nächsten Ausgabe TIER-INFO Nr. 2/Februar 2007

Höchstes EU-Gericht regelt Dauer von Tiertransporten

Luxemburg (dpa) - Der Europäische Gerichtshof (EuGH), das höchste EU-Gericht, hat die Dauer von Tiertransporten eindeutig festgelegt.

Die Richter urteilten am Donnerstag in Luxemburg, dass Verlade- und Entladezeiten zur Dauer der Fahrt dazugehören (Aktenzeichen: C-300/05). Der Bundesfinanzhof hatte dem EuGH den Rechtsstreit zwischen der Zuchtvieh-Kontor GmbH (ZVK) und dem Hauptzollamt Hamburg-Jonas vorgelegt. Der EuGH urteilte im Sinne eines angemessenen Tierschutzes, den die EU-Richtlinie fordere.

ZVK hatte vor sechs Jahren 28 lebende



Rinder nach Ägypten ausgeführt. Dafür bekam das Unternehmen vorschussweise Ausfuhrerstattungen. Das Zollamt forderte allerdings später das Geld plus zehn Prozent zurück, da das Unternehmen die Höchstdauer des Transports von 14 Stunden ohne Ruhepause um eine Stunde überschritten habe.

ZVK argumentierte nach den Angaben, Einladen und Ausladen der Rinder seien davon abzuziehen.

Die Dauer von Tiertransporten sind in der EU umstritten. Zwar treten 2007 neue Regelungen in Kraft, die bessere Kontrollen mit Hilfe satellitengestützter Technik vorschreiben. Für Versuche der EU-Kommission und eines Teils der Mitgliedstaaten, die Transportdauer zu verkürzen und den Tieren mehr Platz bei den Fahrten zu geben, hatte es 2004 keine Mehrheit im Agrarministerrat gegeben.

dpa rom xx pi
231719 Nov 06

Mit freundlichen Grüßen

Dominik Völk

wiss. Referent der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag für Gesundheit, Arbeit, Soziales, Bildung und Kultur

Tel.: 0431/988-1489, Fax: 0431/988-1543

mail: dominik.voelk@fdp.ltsh.de

Postanschrift:

Schleswig-Holsteinischer Landtag

FDP-Landtagsfraktion

Landeshaus

Postfach 7121

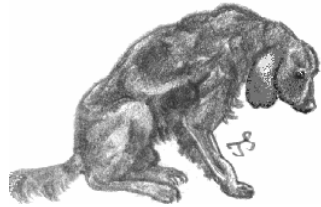
24171 Kiel

Besucheradresse:

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

II. OG.



Brüssel will Handel mit Katzen- und Hundefellen EU-weit verbieten

Utl.: In Kleidung und Kinderspielzeug zu finden, aber oft nicht oder falsch ausgewiesen
Brüssel (APA) - Die EU-Kommission will den Im- und Export, die Herstellung sowie den Verkauf von Hunde- und Katzenfellen EU-weit in jeder Form verbieten. Damit reagiere sie auf zahlreiche Anfragen von EU-Bürgern, die sich gegen den Handel mit und Verwendung von Fellen dieser Haustiere in Produkten ausgesprochen haben, sagte der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar Markos Kyprianou am Montag in Brüssel.

Produkte, die Felle von Hunden und Katzen enthalten, kommen hauptsächlich aus China nach Europa. Dass die hier so geliebten Haustiere für diese ihre Haut lassen mussten, wird dabei entweder ganz verschwiegen, oder das Produkt weist falsche Kennzeichnungen auf. Daher laufen die Verbraucher Gefahr, diese Felle unwissentlich zu kaufen. Zu finden sind sie unter anderem in Plüschtieren für Kinder, Kleidung und weiteren Mode-Accessoires. Dagegen herrsche starke Ablehnung unter den Verbrauchern, die sie auch "klar" zum Ausdruck gebracht haben, sagte der EU-Kommissar.

Derzeit gibt es in 15 Mitgliedstaaten, darunter Österreich, voneinander abweichende Regelungen für den Handel und die Verwendung von Katzen- und Hundefellen. Diese wolle man nun vereinheitlichen. Dieser Schritt sei jedoch kein Vorzeichen für weiter gehende Bestimmungen für Pelze und Felle anderer Tierarten, so Kyprianou. Die in Europa ausschließlich als Haustiere gehaltenen Hunde und Katzen seien "ein spezieller Fall". In Europa seien keine Fälle bekannt, wo Hunde und Katzen wegen ihres Felles gezüchtet und geschlachtet werden. Kyprianou verwies jedoch auf erschütternde Aufnahmen aus Asien, auf denen zu sehen ist, wie Hunde und Katzen in Käfigen gehalten und dann für ihr Fell geschlachtet werden.

Die Verantwortung für die Umsetzung des Import- und Handels-Stopps wird dann bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegen, die die Produkte bei der Einfuhr testen müssen. Da sowohl der Ministerrat als auch das EU-Parlament ihre Zustimmung für den Vorschlag signalisiert hätten, rechnet Kyprianou mit einer sehr schnellen Umsetzung des Kommissionsvorschlages.

Q: APA, 20.11.06

Pressemitteilung: Brüssel, 20. November 2006

EU-Handelsverbot für Hunde- und Katzenfelle zu begrüßen

EU-Kommission legt überfälligen Vorschlag vor

Zur heutigen Vorstellung eines Vorschlags zum Handelsverbot für Hunde- und Katzenfelle durch die EU-Kommission erklärt die Europaabgeordnete und Tierschutzpolitikerin Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/ Die Grünen):

Die heute von der EU-Kommission vollzogene Kehrtwende für ein EU-Handelsverbot mit Hunde- und Katzenfellen ist außerordentlich zu begrüßen und längst überfällig. Jetzt ist hoffentlich das Ende eingeläutet für die barbarische Praxis der Gewinnung von Hunde- und Katzenfellen. Die Mehrheit der EU-Bürger wie auch das Europaparlament haben sich klar und deutlich gegen Produkte mit Hunde- und Katzenfellen ausgesprochen. Tierschutz muss mehr sein als Lippenbekenntnis. Mit Verspätung hat nun auch die EU-Kommission erkannt, dass es widersprüchlich ist, einerseits den Tierschutz in Europa zu betonen, andererseits den Import von Pelzen zuzulassen, die auf solch grausame Art gewonnen werden. Sie hat sich bereits von einzelnen Mitgliedsstaaten überholen lassen, denn Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland und Italien haben schon Importverbote erlassen. Der heutige Vorschlag ist hoffentlich auch der Startschuss für Mindeststandards für Etikettierung von Pelzen. Damit die Irreführung der Verbraucher durch falsch- oder nicht-deklarierte Produkte ein



Ende hat, braucht es mehr als freiwillige Verpflichtungen der Pelzindustrie. Durch die Angabe der Herkunft und Informationen zur Tierhaltung auf dem Etikett können Verbraucher die Produkte klar erkennen und auch meiden.

Hiltrud Breyer MdEP, 8 G 265,
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel,
Tel.: +32-2-284.5287, Fax: +32-2-284.9287,
Neue Email:
hiltrud.breyer@europarl.europa.eu,
Homepage: <http://www.hiltrud-breyer.eu>

Niederlande: Tierrechtspartei zieht in Parlament ein Ein Kreuz für Tiere

Niederlande sind einer der weltweit größten Fleischproduzenten. Partei erhielt durch Tierseuchen regen Zulauf.

Die Parlamentswahl in den Niederlanden am Mittwoch könnte einen historischen Durchbruch für den Tierschutz bringen. Denn erstmals in Europa dürfte eine Tierrechtspartei mindestens ein Abgeordnetenmandat erringen.

Ihr Kampf stehe in einer Linie mit der Sklavenbefreiung und der Durchsetzung von Frauenrechten, sagt die Vorsitzende der PvdD, Marianne Thieme. Ihr Ziel ist die Verankerung von Tierrechten in der niederländischen Verfassung.

Tiere in die Verfassung

Radikale Tierschützer konnten sich bei der Verabschiedung des Parteiprogramms mit ihren Forderungen nach einem Verbot von Zoos und nach einer Vegetarismus-Pflicht nicht durchsetzen. "Wir wollen eine Verfassungsänderung, die den Tieren das Recht auf Freiheit von Schmerz, Angst und Stress garantiert, die von Menschen verursacht sind", sagt die 34 Jahre alte Thieme.

Artgerechte Haltung

Dazu will die PvdD die artgerechte Tierhaltung fördern, die Nutztieren ein Minimum an Lebensraum sichert, und die schlimmsten



Praktiken der industriellen Haltung wie Schlachten und Kastration ohne Betäubung beenden.

Zwar stehe das auch in den Programmen der meisten anderen Parteien, sagt die Vorsitzende. Doch wachse die Zustimmung zur PvdD seit ihrer Gründung 2002, weil die Politiker den Tierschutz nicht zu einer Priorität machten.

Zwei Abgeordnete?

"Sie sagen: Menschen sind wichtiger. Erst kommt der Mensch. Aber wenn man sich auf diese Argumentation einlässt, werden die Tiere nie auf die Tagesordnung kommen", erklärt Thieme. Ihre Partei ist eine von 24, die am Mittwoch antreten.

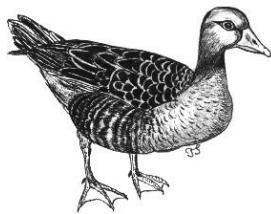
Zehn von ihnen wird der Sprung ins Parlament zugetraut. Bereits 2003 verpasste die PvdD nur knapp den Gewinn eines Mandats, sie erhielt 48.000 Stimmen, das waren lediglich 2.000 zu wenig. Jüngsten Umfragen zufolge wollen sie nun 130.000 bis 140.000 Niederländer wählen. Das würde reichen, um sogar zwei Abgeordnete zu stellen. Quer durch alle Ideologien "Plötzlich reden alle politischen Parteien über Tiere. Wir nehmen ihnen Wähler weg", freut sich Thieme. Die PvdD-Anhänger sind ihren Angaben zufolge nicht nur Linke, sondern auch traditionelle Wähler christlicher Parteien, für die die Misshandlung von Tieren gegen ihre Werte verstößt.

Auch bisherige Nichtwähler aus der Arbeiterklasse, die Haustiere besäßen und ein ausgeprägtes Gefühl für soziale Gerechtigkeit hätten, unterstützen sie, erläutert die Parteichefin.

Gegen Gewalt

"Sie sagen: Ich weiß nichts von Politik. Aber ich weiß, was ich will: Ich will für Tiere wählen", sagt Thieme. Sie wüssten, dass der gewalttätige Umgang mit Tieren etwas über die Gesellschaft aussage.

Die Vorsitzende räumt ein, dass ihre Partei nach dem Mord an dem rechtsgerichteten



Politiker Pim Fortuyn 2002 einen Rückschlag erlitt - der Täter war ein Tierschutzaktivist. Die PvdD verurteilt Gewalt, versichert Thieme.

Zulauf durch Tierseuchen

Die Niederlande sind einer der weltweit größten Fleischproduzenten, und der Ausbruch und die Bekämpfung von Tierseuchen in den vergangenen Jahren brachten der Partei weiteren Zulauf, wie die Vorsitzende meint. Vor drei Jahren wurden wegen der Vogelgrippe 30 Millionen Hühner getötet. 89 Menschen erkrankten, es gab einen Toten. Die Regierung verfügte zur Eindämmung der Seuche sogar, dass Kinder ihre Vögel abgeben mussten, die dann mit Gas getötet wurden - ein PR-Desaster ersten Ranges.

Schutz für die "Schwächsten"

Neben dem Tierschutz will sich die PvdD im Parlament auch für den "Schutz der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft" einsetzen, wie Thieme erläutert. Ein Wahlerfolg ihrer Partei könne der Tierrechtsbewegung in ganz Europa weiteren Auftrieb geben. "Eines unserer Ziele ist es, eine Inspiration für andere Länder und Tierrechtsaktivisten zu werden."

Wenn es gelinge, den Tierschutz in der Verfassung zu verankern, sei eine Selbstaflösung der Partei möglich - oder sie stecke sich weitere Ziele. "Lasst uns damit beginnen, das Leid der Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner zu lindern, die in Massentierhaltung leben", sagt Thieme: "Und wenn es dann Leute gibt, die sich für die Stechmücken einsetzen wollen, werden wir darüber reden."

(Toby Sterling, AP)

Q: <http://www.orf.at>



Zoo Addis Abeba: Löwen aus Kostengründen vergiftet

Seltene Löwen in äthiopischem Zoo aus Kostengründen vergiftet

Utl.: Werden an Präparatoren verkauft Addis Abeba (APA/AP) - Aus Kostengründen werden in einem äthiopischen Zoo seltene Löwen vergiftet. Man könne sich die teure Haltung der Jungtiere nicht leisten, erklärte der Verwalter des Tierparks in Addis Abeba, Muhedin Abdulaziz, am Mittwoch. Die getöteten Äthiopischen Löwen würden für 170 Dollar (130 Euro) an Tierpräparatoren verkauft, die sie ausstopften und anschließend weiterverkauften.

"Diese Tiere sind der Stolz unseres Landes", sagte Abdulaziz. "Wir müssen etwas tun. Aber derzeit ist es unsere einzige Möglichkeit, sie den Präparatoren zu geben." Nach Schätzung von Naturschützern leben weltweit nur noch etwa 1.000 Äthiopische Löwen in Freiheit. Die für ihre schwarze Mähne bekannte Großkatze ist etwas kleiner als andere Löwenarten. Sie ist das Wahrzeichen Äthiopiens und ziert unter anderem die Landeswährung. Der Zoo habe laufende Betriebskosten in Höhe von 6.000 Dollar pro Monat, wohingegen die Einnahmen nur bei 5.000 Dollar lägen, sagte Abdulaziz. Die Praxis, Löwenjungen zu vergiften, gebe es seit mindestens zwei Jahren; diese sei für die Tiere schmerzfrei. Wie viele Löwen bereits getötet wurden, war zunächst nicht bekannt.

Tierschützer haben sich bereits mehrfach entsetzt über die Zustände in dem fast 60 Jahre alten Löwen-Zoo geäußert. Dort sind in mehreren von Stacheldraht umgebenen Käfigen insgesamt 16 erwachsene Löwen und fünf Jungtiere untergebracht.

Q: APA, 22.11.06

UK: "Die Fuchsjagd ist verboten - Es lebe die Fuchsjagd!"

Utl.: Briten jagen sogar mehr als vor dem umstrittenen Gesetz

London (AFP) - Die Briten sind allgemein für ihren manchmal unkonventionellen Umgang mit Gesetzen bekannt. Doch was derzeit in den Wäldern des Landes passiert, ist kaum zu glauben: Obwohl nach erbittertem Streit 2004 mit großen Tamtam die Jagd auf Füchse verboten wurde, werden die Tiere überall weiter mit Hunden gehetzt. Nach Angaben der Lobby-Vereinigung Countryside Alliance ist die Zahl der Fuchsjagden sogar noch höher als vor dem Verbot.

Tierschützer sind entsetzt, für sie sind aber ausnahmsweise einmal nicht Politiker Schuld an der Misere: Die Parlamentarier hätten das Gesetz erlassen in dem guten Glauben, dass die Jäger und ihr Gefolge "rechtschaffene und gesetzestreue Bürger sind", sagt Victoria Isherwood aus London. "Aber genau das sind sie nicht."

Beschlossen wurde der "Hunting Act" im November 2004 nach siebenjährigem Ringen vom britischen Unterhaus per Sondervollmacht gegen den Willen des Oberhauses. Es verbietet den jahrhundertealten und vor allem auf dem Land tief verwurzelten Sport, bei dem Füchse mit Hunden gejagt und dann zur Strecke gebracht werden. In Kraft trat das Verbot dann im Februar 2005, befolgt wurde es anfangs zumindest etwas, inzwischen offenbar überhaupt nicht mehr. Gut abzulesen ist die Entwicklung an den Umsätzen der Jagd Ausstatter. "Es gab einen dramatischen Einbruch 2004", berichtet Jane White, die ein Reitgeschäft in der Grafschaft Hampshire an der Südküste Englands betreibt. "Damals wusste niemand, wie es weitergeht. Aber schon letztes Jahr wurde es wieder besser und dieses Jahr ist einfach unglaublich. Jede Menge Leute sind wieder oder auch neu dabei."

Die Anhänger der Fuchsjagd profitieren davon, dass sie ihren Sport oft zu früher Morgenstunde in einsamem Gelände ausüben. Kaum jemand kann sehen, was genau geschieht - ob es sich nur um einen Gruppenausritt handelt oder um eine zielgerichtete

Fuchsjagd. Außerdem machen sich die Jäger schlaue eine Gesetzeslücke zunutze. Sie haben den "Hunting Act" genau studiert, der mit den Worten beginnt:

"Eine Person begeht eine Straftat, wenn sie ein wildes Säugetier mit einem Hund jagt." Dies klingt völlig klar, doch der erste Paragraph geht noch weiter: Danach ist das Jagen dann doch wieder keine Straftat, "wenn ein Ausnahmefall vorliegt".

Die möglichen Ausnahmefälle werden genau aufgezählt, eine der Regeln lautet: "Das Aufspüren und Aufscheuchen eines wilden Säugetiers ist keine Straftat, wenn dies mit dem Ziel geschieht, einem Greifvogel das Jagen des Tieres zu ermöglichen." Dies ist für viele Jäger inzwischen die Lösung aller Probleme - wie durch ein Wunder hat sich in den vergangenen eineinhalb Jahren die Zahl der verkauften Greifvögel im Königreich drastisch erhöht. Die Preise beispielsweise für Adler schossen in astronomische Höhen.

Fast jede Jagdgesellschaft hat nun also ihr persönliches Maskottchen in Form eines Greifvogels - wie beispielsweise Steinadler "Anna". Sie gehört dem Jäger Vernon Moore aus dem englischen Cottesmore - und muss auf jede Fuchsjagd mit. Denn mit "Anna" als Alibi können die Cottesmorerer wie früher in großer Gruppe ausreiten, ihre Hunde die Füchse aufspüren und aufscheuchen lassen. Dann müssten theoretisch die Hunde zurückgerufen werden und Anna zum Zuge kommen. Aber wie Moore lakonisch sagt: "Unfälle gibt es immer wieder" - der Fuchs wird oft von den nicht zu haltenden Hunden zerfleischt; alles ist so wie früher. "Anna" selbst hat bisher erst einen einzigen Fuchs gefangen, "Unfälle" gab es dagegen deutlich mehr. Wie viele genau, will Moore nicht verraten. Auf jeden Fall meldete die Jagdgesellschaft jeden davon im vergangenen Jahr noch vorschriftsmäßig der Polizei. Doch auch das sei vorbei, erzählt Moore. "Die Polizei hat uns gesagt, wir sollten sie nicht mehr mit diesem Kleinkram belästigen."

(Antje Gemeinhardt/AFP) Q: APA, 22.11.06



Bericht - Mahnwache am Linslerhof

Die "Jagdschule" LINSLERHOF hatte am 2. Dezember 2006 die ehemaligen Schüler zur Jagd auf Schwarzwild, weibliches Rehwild, Kitzte beiderlei Geschlechts und Fuchs eingeladen. Dazu trudelten Menschen, die das Töten von Mitgeschöpfen zum Hobby erhoben haben, zum Teil mit ihren Kindern ab 8:30 Uhr ein. Doch eine Gruppe von örtlichen Jagdgegnern war schon eine Stunde früher vor Ort und befestigte Banner, Transparente und Tafeln mit den unterschiedlichsten Slogans und Aussagen. "Fuchswelpen verenden elendig im Bau, Muttertiere werden rücksichtslos erschossen!!!" stand auf einem Schild. Auf einem Banner "Jäger schießt euch in den eigenen Arsch". Auf einigen anderen wurde Jagd mit Lustmord gleichgesetzt.

Doch noch auffälliger als die Sprüche auf Bannern und Plakaten waren die stimmgewaltigen Äußerungen der Demonstrationsteilnehmer. Diese waren zahlreich vertreten, am frühen Vormittag zeigten schon über 40 Menschen, die überwiegend aus dem Saarland stammten, ihre Ablehnung für die Jagd. Und das trotz kühler Temperaturen und verächtlichen Jägerblicken. Beides konnte nicht verhindern, dass die Mahnwache die größte Anti-Jagd-Veranstaltung im Saarland seit Jahren wurde.

Als die Demonstrationsgruppe zu groß wurde, teilte sie sich auf - die eine Hälfte rief den Jägern direkt vor der Zufahrt des Linslerhofs ihre Wut entgegen, die andere Hälfte stand an der Kreuzung, die zum Landgut der Familie von Boch führt, um die Bevölkerung auf das blutige Treiben der Jäger rund um den Linslerhof aufmerksam zu machen.

Die Aktivisten wollten zeigen, dass diese "ursprünglichste Form der Landnutzung" (Zitat der Jagdschule) nicht von allen mitgetragen wird. Jagd hat nichts mit Umweltschutz zu tun. Jagd hat nichts mit Tierliebe zu tun. Jagd ist nicht sinnvoll. Motivation des Jagens ist immer die Lust am Töten. Ökologische Argumente gibt es nicht für das massenweise Abschlachten von Beutegreifern UND Beute-



tieren.

Die Demonstranten versuchten den Jägern ihre Ablehnung verständlich zu machen und begannen auch immer wieder mit Polizisten oder Radfahrern Gespräche. Die Polizisten, die mit rund 20 Personen vor Ort waren, reagierten völlig unterschiedlich. Waren einige sehr freundlich und auch interessiert, reagierten zwei besonders abweisend. Diese begannen kurz nach Mittag sogar, sich über einen speziellen Demonstranten lustig zu machen. Jedes mal wenn dieser etwas in Richtung der Jäger rief, fingen die beiden laut an zu lachen. Einer der beiden, der mutmaßliche Einsatzleiter, war wohl überhaupt nicht einverstanden mit den Aussagen der Jagdgegner und wurde immer unruhiger und wütender. Mit einer persönlichen Beleidigung versuchte er wohl sich abzureagieren oder den Aktivisten wütend zu machen. Er fragte einen Aktivisten, ob er denn nicht langsam mal die Hose nass hätte und das reden aufhören würde. Doch den Gipfel schoss er ab, als er zu einer Aktivistin lief, die über ein Megafon, dessen Einsatz genehmigt war, zu den Jägern sprach. Er packte das Megafon, während die Aktivistin dies vor ihrem Mund hielt. Er riss daran und versuchte so es ihr zu entreißen. Dabei verletzte er die Aktivistin leicht und warf das Megafon über die Leitplanke eine Böschung hinunter. Dabei wurde das Megafon beschädigt. Die Aktivistin fuhr wegen der Schmerzen in das nächste Krankenhaus. Dieses Verhalten eines scheinbar überforderten Polizeibeamten spiegelte wohl die Schwierigkeiten wider, die die Sicherheitskräfte mit der sehr offensiv vorgehenden Menschenmenge hatte.

Die Polizei wurde aber auch von mehreren autonomen Gruppen auf Trab gehalten, die aus allen Ecken Deutschlands angereist waren, um durch verschiedene Aktionen im Wald die Jagd zu erschweren. Zwei dieser Gruppen wurden aufgegriffen und - dank an die Polizei - nach Aufnahme der Personalien direkt zur Demo gefahren. Also schlossen sich diese Tierrechtler auch den Protesten an. Die übrig gebliebenen Aktivisten errichteten jedoch Barrikaden auf Waldwegen und schlossen Jagdfahrzeuge ein, indem sie Baumstäm-

me auf die Straßen legten. Auch wurden Jäger und Treiber in Gespräche verwickelt. Und - so fern sich die Jäger wenigstens noch an ein paar Gesetze halten - zu guter Letzt darf natürlich nicht geschossen werden, wenn sich Personen vor den Gewehrläufen befinden.

Allen im Wald aufgegriffenen Tierrechtlern wurde mit Ordnungswidrigkeitsverfahren gedroht. Dabei sprachen die Polizisten mehrfach von Strafen in Höhe von 5.000 Euro. Ob es aber überhaupt zu einem Verfahren kommt, bleibt abzuwarten.

Alles in allem waren dem Aufruf der Tierversuchsgegner Saar sehr viele Menschen zur Mahnwache gefolgt. Unabhängig davon gab es autonome Gruppen, die auf ihre Weise den Jägern, der Jagdschule und auch der Familie von Boch zeigten, dass große Teile der Bevölkerung den Lustmord namens Jagd nicht länger dulden. Auf verschiedenste Weise wurde erfolgreich dagegen protestiert, dass Menschen, die das Töten von Mitgeschöpfen zum Hobby erhoben haben, in unseren Wäldern massenweise Tiere abschlachten.

Ob dies nun auch bei der Familie von Boch gefruchtet hat, wird sich zeigen müssen. Der Linslerhof gehört der Familie von Boch. Wendelin von Boch ist der Vorstandsvorsitzende der Kloschüssel- und Suppentellerfirma Villeroy und Boch. Seine Frau, Brigitte von Boch-Galhau, ist Gutsherrin auf dem Linslerhof, Honorarkonsulin der Niederlande und Betreiberin mehrerer Geschäfte und eines Versandhandels die mit Pelz nur so um sich werfen. Aber vor allem, was das Thema Tierrechte angeht, hat sich Brigitte von Boch-Galhau einen schlechten Namen gemacht. Sie wollte vor einiger Zeit nämlich alle Katzen auf ihrem Gelände einfach aushungern! Mittlerweile beteuert die Geschäftsführung des Linslerhofs, die Katzen würden gefüttert, sterilisiert und tierärztlich betreut. Nichts desto trotz lässt sie eine Jagdschule auf ihrem Grund zu, und ist auf diese Art der Traditionspflege anscheinend auch noch stolz. Die Geschäftsführung des Linslerhofs verteidigt Brigitte von Boch-Galhau zwar gerne mit dem Argument, dass die Jagdschule ja an die Herren Wüst und Flächten verpachtet wäre und

während eines laufenden Pachtvertrags keine größere Einflussnahme stattfinden könne. Jedoch war vor Abschluss des Pachtvertrages der Zweck der Jagdschule bekannt.

Das Ethik-Portal (www.ethik-portal.de) wies im Vorfeld der Jagd auf diese Zusammenhänge hin, und rief zu Protestschreiben an die Verantwortlichen und deren Geldgeber auf.

Auszüge aus den Schreiben verschiedenster Aktivisten, die als blindcopy (BBC) an das Ethik-Portal geschickt wurden:

"Sind wir nicht alle schockiert über den Terror und den Krieg? Stellen sich doch uns allen die Nackenhaare auf bei den ständig wiederkehrenden Berichterstattungen über Amokläufe und Massaker an Schulen. Und dabei sind sich alle einig: Wer mit einer Waffe das Leben eines anderen Lebewesens auslöscht ist ein Mörder! Nichts anderes ist die Jagd! Ein Gemetzel, ein Amoklaufen schiesswütiger und rücksichtsloser Draufgänger, die keinerlei Achtung vor der Schöpfung und sicherlich auch nicht vor sich selbst haben."

"Bis heute hatte ich keine Ahnung, was hinter der eigentlich sehr feinen Marke mit gutem Namen, Villeroy & Boch, die ich selbst bis heute sehr gut fand, alles steckt, nämlich in Form von Frau Brigitte von Boch. Sie, Frau von Boch, scheinen ja eine der skrupellosesten Frauen zu sein, von denen ich bisher gehört habe. Ihre Torausbeutung ist kaum zu toppen!"

"Füchse sind mit die treuesten und intelligentesten heimischen Tiere - aber eben leider Konkurrenten zu den Jägern, denn beide sind Beutegreifer - der eine aus Überlebenszwang, der andere, weil er Spaß dran hat."

"Was bringt einen klar denkenden Menschen auf die Idee, sich feige auf die Lauer zu legen und aus sicherer Distanz auf hilflose Mitlebewesen zu schießen und diese zu ermorden?"

"Mit diesem Wissen über Villeroy & Boch werde ich Ihre Firma natürlich so lange boy-

kottieren und auch meine Freunde und Bekannten darum bitten, bis die massive Tierqual, die von Ihrer Familie ausgeht, endlich der Vergangenheit angehört."

"Kurz gesagt - Brigitte von Boch-Galhau steht für Ignoranz gegenüber unermesslichem Leid. Mir war bisher so, als stünden die Niederlande nicht für so etwas."

~~~~~

a) ein paar Anmerkungen der "red."

1. ganz ganz herzlichen Dank, an alle Unterstützer, die da waren und gezeigt haben, dass Tierrechtler nie "schweigen" - ganz besonders auch an die, die irre lange Strecken gefahren sind -

2. wären nicht ne Menge aus "weiterer ferne" zur Unterstützung gekommen, hätte dieser "irre mob" aufm Linslerhof sehr viel "ruhiger" killen-fahren können", denn!., haben wir aus der Vorstandsetage des landes-dtb jemand gesehn ??  
nee wohl nich!!

offiziell vom nabu ?? vom bund ?? von den "grünen-Landtäglern" ?? auch wohl - nee!., aber gottseidank von der "Grünen-Jugend"

Sicher kann man/ frau sagen: "da sind ja einige - alle - fast alle? wohl stark für die "Jagd" - das ist wohl so, aber wir standen nicht "nur" dort am Samstag, weil wir aus ethischen und ökologischen Gründen gegen die "Jagd" sind, sondern auch, weil um das Ermorden unserer Mitlebewesen wieder mal ein abnorm krankhafter "Event" veranstaltet wurde.

Wir alle sahen auch wieder Kinder!., die von ihren Eltern in den Nobelkarossen zur "Jagd" kutschiert wurden - und genau deswegen !! , hätte ich die Vertreter der o.a. angesprochenen "Speziés" auch erwartet - und nicht nur: Lehrer und Elternverbände, Polizeigewerkschaftler, Journalistenverbände und andere "Kulturbeflissene" hätten mit aufm Teppich stehen müssen!!!

**10** TI Nr. 1/Januar 2007

ich kann gar nicht alles aufzählen wer hier alles mitdemonstrieren hätte müssen - sogar die FDP SPD CDU hätten dorthingepast nein hingemusst - sind Kinder die Zukunft oder nicht ?? (hätten sich ja etwas "Abseits von uns positionieren können :-)) )

3.) merci an mike für den riesenbericht und bitte auch auf <http://aktion-umwelt.de/contents/artikel-62.html> klicken.

4) sicherlich wird der - nennen wirs mal "Übergriff" des Polizeibeamten Folgen haben, wir - auch die "Betroffene" werden das angehn, was notwendig und "machbar" ist - war schon mehr als erstaunlich, wieviel an Polizei an diesem Tag den Linslerhof incl. "Zi"vielen" geschützt hat - irgendwann wegen und nicht nur wegen schichtwechsel verlor ich den Überblick - aber nach 100 Gesichtern hab ich gestreikt - Thema: "Verhältnismäßigkeit ..... als wir für eine Zirkusdemo einmal um "permanente Anwesenheit einer Streife", baten, da wegen des Besitzers mögliche Gefahr für uns ausging, war dies natürlich nicht möglich - kommt man/frau woll ins grübeln.

bg robo

~~~~~

b) Anonymer Ergänzungsbericht

x, y und ich fuhren, als die Polizei gerade beschäftigt schien, in den Wald. Den Jägern, die sich auf den Weg zum Massenmord machten, hinterher. Bis die Jägerfahrzeuge in einen gesperrten Waldweg fuhren, folgten wir. Wir stellten unser Auto vor dem Weg ab und gingen in den Wald hinein.

Wir spazierten also so zwischen den Jägern umher, einige grüßten uns sogar freundlich (der dicke aus Merzig zog seinen Hut und sein "Kollege" murmelte was von wegen "Gesichter merken" ...), aber uns hat keiner darauf hingewiesen, dass wir uns nicht in diesem Bereich des Waldes aufhalten durften.

So spazierten wir also weiter. Dann sahen wir, wie ein Jäger telefonierte. Wir beschlossen also, lieber wieder in Richtung Auto zu gehen. Ein weiterer Jäger schnitt uns jedoch mit seinem Fahrzeug den Weg ab und sie stellten